

300 Rentnerinnen und Rentner stellen Forderungen nach stabilen Renten.

## **Golden Girls in Gossau**

Die ständigen Angriffe auf ihre Renten wollen die Rentnerinnen und Rentner im SGB nicht länger hinnehmen. 300 Golden Girls und Boys tagten in Gossau. Weitere gewerkschaftliche Anlässe dieser Art sollen folgen. Es war kein Zufall, dass sich die 300 Rentnerinnen und Rentner aus SGB-Gewerkschaften in Gossau trafen. Denn der jüngste Angriff auf die Altersvorsorge kommt von der Vertretung Sankt Gallens im Ständerat: Eugen David und Erika Forster fordern mit Parlamentarischen Initiativen einerseits die Sistierung der automatischen Anpassung der AHV-Renten an die Preis- und Lohnentwicklung, andererseits die Erhöhung des Frauen-Rentenalters auf 65. Beide Forderungen waren bereits Inhalt der 11. AHV-Revision und hatten beim Stimmvolk keine Chance. Auch in der Zweiten Säule stehen die Zeichen auf Abbau.

### **Für einen schönen Abend.**

Die Sorge um die finanzielle Sicherheit im Alter war bei den zahlreichen Kolleginnen und Kollegen in Gossau spürbar. Die Gewerkschaften nehmen diese Bedrohung ernst. Giorgio Tuti, Präsident SEV, Stefan Giger, Generalsekretär VPOD und Daniele Lenzin, Co-Präsidentin Syndicom, wiesen in ihren Referaten darauf hin, dass die Renten für einen anständigen Lebensabend reichen müssen. Die stagnierenden Pensionskassen-Renten müssen durch höhere AHV-Renten abgedeckt werden. Die Vorzüge des AHV-Systems wurden von Ruth Dreifuss präsentiert. Seit der 10. AHV-Revision konnten allerdings keine Verbesserungen mehr erzielt werden. Die bürgerlichen Parteien haben die AHV in den letzten 15 Jahren kategorisch schlechtgeredet. Der SGB hat daher an seinem letztjährigen Kongress das Projekt AHVplus vorgestellt. Für tiefe und mittlere Einkommen müssen die AHV-Renten erhöht werden: Erst damit kann der Verfassungsauftrag einer gewohnten Lebensführung im Alter erfüllt werden.

### **„Es wird knüppeldick kommen“.**

„Die bürgerlichen Parteien werden nach den Wahlen Ende Oktober ihre Pläne zur Rentenaushöhlung umsetzen; es wird knüppeldick kommen“, warnte Paul Rechsteiner. Die Gewerkschaften würden gefordert sein, die Realität der Pensionierten in Bern stärker sichtbar zu machen. Denn: Wer heute in Rente geht, hat häufig auch nach einem vollen Arbeitsleben ein Renteneinkommen von weniger als 3000 Franken. Rechsteiner: „Hier sind Verbesserungen nötig. Spielraum für Rentenkürzungen gibt es nicht.“ Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Gossauer Rentnertagung verabschiedeten drei Forderungen an die Politik:

- Die wohlerworbenen Ansprüche auf die Renten der Pensionskassen dürfen nicht angetastet werden.
- Die Leistungen der AHV dürfen nicht geschmälert werden. Die AHV-Renten müssen weiterhin regelmässig der Teuerung und der Lohnentwicklung angepasst werden.
- Die AHV muss gestärkt, ihre Leistungen müssen ausgebaut werden. Nur so kann sie dem Kernauftrag gerecht werden, der Bevölkerung im Alter den Lebensstandard zu sichern.

### **Schmale Zinsen, fette Margen.**

Neulich hat die Eidgenössische Kommission für die berufliche Vorsorge dem Bundesrat empfohlen, den Mindestzins für 2012 auf 1,5 Prozent zu senken. Der SGB, der sich wie die anderen Arbeitnehmerverbände für die bisherigen 2 Prozent stark machte, wurde deutlich in die Minderheit versetzt. Denn die versammelte Pensionskassenwelt malte den Untergang des Systems an die Wand. Die gleichen Kreise, welche jahrelang das Hohelied auf das Kapitaldeckungsverfahren gesungen haben, werden nun zu seinem Totengräber. Denn ein Zinssatz unter 2 Prozent ist ein fatales Zeichen für die berufliche Vorsorge.

Das kollektive Zwangssparen muss sich für die Versicherten lohnen. Bei einem Mindestzins von 1,5 Prozent ist dies nicht der Fall. Wenn schon Jugendsparkonti höhere Zinssätze abwerfen, liegt es auf der Hand, dass das Vertrauen in die Zweite Säule schwindet. Da nützt es wenig, auf die serbelnden Finanzmärkte hinzuweisen.

Es ist eine Unverschämtheit, dass erneut die Arbeitnehmenden für die Machenschaften der Finanzbranche geradestehen sollen, während letztere weiterhin abkassiert. Eine neue Untersuchung des Bundesamtes für Sozialversicherungen bestätigt: Die Vermögensverwaltungskosten schlagen weit stärker zu Buche als bisher ausgewiesen. Rund 4 Milliarden Franken kommen nicht den Versicherten, sondern den Banken und Versicherungen zugute. Für sie ist das Pensionskassengeschäft dank Honoraren, Gebühren, Courtagen und Transaktionskosten höchst attraktiv. Solange diese Margen nicht gedrückt werden, weisen die Versicherten zu Recht jegliche Sanierungszumutung von sich.

Doris Bianchi, geschäftsleitende Sekretärin des SGB.

VPOD-Magazin, Oktober 2011.

SGB > Pensionierte. Forderungen..doc.